

Wirtschaftliche



Zeitung

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage 'Zeitsbilder'. Sonntags Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kursen; Zeitel der Berliner Börse und amerikanischem Fundmarkt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Far Reise und Wandlung.

Bezugspreis für März 5500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Strafbuß 9000 Mark im Inland. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 400 Zeilen in 8 Paßagen. Paulsen-Verlagsgesellschaft, Berlin, Unter den Eichen 110. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernbard, Verantw. Redakteur: (im Ausw. d. Handelsl.) Edl. Eilmar Bern. Ullstein-Verlag; Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 5600 - 5653. Für den Fernverkehr Amt Dönhofs 8500 - 8510. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postfachkonto Berlin 690.

Die Indische Boykottkrise.

Von
Dr. Helmuth von Glasenapp,
Vizekonsul in der Unionsstadt Berlin.

Wie alljährlich hat auch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres der indische Nationalkongreß seine Sitzungen abgehalten. Wie Ort der Tagung war das heilige Varanasi in der Provinz Oudh gewählt worden, eine Stadt, die nicht nur für die Hindus eine legendenumwobene Schwärzstadt heißt, sondern auch einen großen Teil der Bevölkerung als eine gewohnte Gaiäte gilt, weil hier dem Stängens *cidhaha* das Vieh der Weidweide zugeht, so daß er aus einem Stängens zu einem Stängens, einem Stängens wurde. Der Kongreß, der 27. des jetzigen Jahres abgehalten wurde — war sehr zahlreich besucht; an 20 000 Personen sollen aus ganz Indien nach Varanasi gekommen sein, um hier über die von der Nationalpartei einladungsgeleitete Politik zu beschließen. Der Mittelpunkt der Tagung waren die große Rede des Präsidenten des Kongresses, des bekannten bengalischen Rechtsanwalts Chitta Ranjan Das. Unter Entfaltung von viel Gelehrsamkeit gab Das einen Überblick über die Geschichte der englischen Verfassungskämpfe, die er mit dem heutigen Stand in Indien verknüpfte. Er sprach über die theoretischen Grundlagen für die Entschiedenheit einer künftigen indischen Selbstregierung, die sich nach ihm durch das Zusammenwachsen kleiner autonom organisatorischer Einheiten nach Art der altindischen *Samajikas* entwickeln soll. Das hien mit mehr als dem halben Dutzend Vorträgen, die er auf die Frage zu, was zunächst zu geschehen habe, um das angestrebte Ziel, die Erlangung des *Swarajah*, zu erreichen. Er bekannte hierbei, daß er den bisher empfohlenen Boykott der von der Regierung gemäß dem *Montagu-Chelmsford* Vertrag vorgesehenen Erweiterungen nicht für erfolgreich halte. So sei eine Veränderung der Politik notwendig; man müsse sich dazu entschließen, die Parlamente nicht wie bisher „von außen“, sondern „von innen“ zu boykottieren, das heißt also (nach dem von uns bei den Kommunisten beliebigen Mißbrauch) das Parlament gegen das Parlament“ zu wählen. Würden sich die Anhänger der *Non-Cooperations-Bewegung* bei den nächsten Wahlen zu den gelegentlichen Räten als Abgeordnete aufstellen lassen, so würden sie durch ihre große Zahl vornehmlich die Minorität in den Parlamenten zu veranlassen; sie würden dann in der Lage, entweder ihre Ziele durchzusetzen (was allerdings wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat) oder aber durch ihre Opposition gegen die Regierung die Auflösung des Parlamentes herbeizuführen.

Der Vorschlag von C. Das ist im Kongreß nur bei einer Minorität angekommen. Die Mehrheit der Parlamente erkläre in dem daselbstigen Plan ein Aufgeben des Prinzipals der „Non-Cooperation“, des unbedingten Boykotts aller Institutionen der Regierung. Die Beschluß dabei, über die Vorschläge des Präsidenten zur Erregung überlegen und in Berücksichtigung der im letzten Kongreß von dem indischen Interimistischen Nationalkongreß (Gandhi) vertretenen Politik nach wie vor die Selbstverweigerungen zu boykottieren und die Verwirklichung des „bürgerlichen Ungehorsams“ vorzubehalten. Das heißt also, daß bis zum 30. April ein Kontingents von 2 1/2 Millionen Rupies und eine Armee von 50 000 freiwilligen Kämpfern geschaffen werden. Ein Kontingents zu agitatorischen und informativen Zwecken das Land bereiten und im Mai soll dann über die Durchführung der *Non-Cooperation* entschieden werden.

Infolge der Ablehnung seiner Pläne wurde die Minorität des Kongresses hat C. Das seine Präsidenten-Stellung niedergelegt. Er erklärte jedoch nicht seinen Austritt aus dem Kongreß, sondern schloß seine Anhänger an einer „Kongreß-Ratifikations-Vorlesung“ innerhalb des Kongresses zusammen, die er veranlassen für die letzten Vorträge zu wirken. Es hierbei abgemindert, welche Politik die Nationalisten in Zukunft einschlagen werden, ob die von Das oder die der heutigen Minorität. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge scheint für eine erfolgreiche Durchführung der *Non-Cooperation* die Möglichkeit zu bestehen, die sich gegen den allgemeinen bürgerlichen Ungehorsam gegen die Gesetze der Regierung noch weniger Aussicht zu bestehen als im vorigen Jahre, wo Gandhi die Massen in viel höherem Maße bekehrte, als es die heutigen Führer tun, und trotzdem die politische Situation nicht verwickelt wurde. Die Nationalisten des Ostens Vorschläge als bisher, selbst wenn er mehr Anhänger finden würde als bisher, durch den Widerstand der Regierung zum mindesten sehr erschwert, wenn nicht ganz in Frage gestellt werden.

Seitens mit dem Nationalkongreß tagten in Ganga nach eine Reihe von anderen Kongressen. Politische Bedeutung hat unter diesen namentlich den beiden *Non-Cooperations-Kongressen* zu, der von Dr. Anand geleiteten Ratifikations-Kongressen und der Kongress der indischen Alimos, bei welcher *Maunava Habib*

ur-Rahman den Vorstoß führte. Beide erklärten sich durchaus gegen die Besiden Vorschläge, traten für die Organisation des bürgerlichen Ungehorsams ein und verlangten dessen sofortige Durchführung im Falle eines ablehnend-Weichen Ganges. Im Vordergrund der Erörterungen standen bei allen Erörterungen natürlich die politischen Ergebnisse im Rahen Osten und die Ratifikationsfrage. Im Namen der indigenen Muslimen wurde den Führern als den besten Vorlämpfen des Jims Jaga gegen mögliche Unterdrückung ausgesprochen. Die von der Simon-Regierung vorgeschlagene Wiedereingabe des Britischen Reiches als selbständige Billigung, besagte auch die Wahl Abdul Wahids als seinem Nachfolger. Es wurde jedoch hervorgehoben, daß die Stellung des Rajas nach der von den Führern getroffenen Vereinbarung nach der Rückkehr befristet und keinen Fall für die Rajas und Sultanat voneinander getrennt werden, daß der

Raja nur geistiges Oberhaupt sei, hingegen keine Macht in weltlichen Dingen besitze. Bei aller konstitutionellen Bestätigung seiner Befugnisse müsse er doch gleichzeitig die geistliche wie die weltliche Macht des Jims in sich vereinen. Das Eintreten der Mohammedaner für die Führer fand auch unter den Hindus vollste Billigung. Der Nationalkongreß erklärte, auch die nicht-Muslimischen Anber erklärten in Ratifikations und ihrem Recht die *Non-Cooperation* zu unterstützen. Die Führer des Kongresses und ihren muslimischen Brüdern würden auch die Hindus alles tun, um den Führern jede Unterstützung zu gewähren, die in ihren Kräften läge. Bei der beschriebenen Lage im Orient ist dieses Besondere zu einem Zusammenwachsen zwischen Hindus und Mohammedanern nicht ohne Bedeutung, wieweil es den Führern jedoch möglich sein wird ihre Worte in Daten umzusetzen, kann erst die Zukunft lehren.

Dommergue über die Ruhrkraktion.

Der wachsende deutsche Widerstand.

Drahtmeldung der „Wolffischen Zeitung“.

von Paris, 23. Februar.

Der Führer der radikalen Fraktion des Senats, Gaston Doumergue, hat heute nachmittag bei Übernahme des Präsidenten eine lange Rede gehalten, in der auch die Ruhrkraktion erwähnt wurde. Doumergue erklärte darin wörtlich: Frankreich hat bis in die letzte Zeit seine politische Gefinnung beibehalten, das Deutschland nur durch eine Politik der Verhältnismäßigkeit und Geduld bringem wollte, den Verfall der Ruhr auszuführen. Frankreich hat aber vor kurzem bemerkt, daß es ein Opfer dieser Politik war. Es hat die Befehle durch eine energiegelbe Politik, die in höherem Maße der deutschen Demagogie entspricht, entgegen müssen. Diese Politik muß energig unterstützt werden, damit sie wirksam ist. Es gilt, unter allen Umständen und unter jeder zu verbleiben. Der Senat spendete diese Worten lebhaften Beifall. Doumergue fuhr dann fort, er könne und wolle nicht glauben, daß Frankreich von Verleumdern, die an seiner Seite gekämpft haben, verraten werden könne.

Philippe Millet schreibt in der *Wochenschrift „Europe Nouvelle“* aus Orléans: Der Widerstand der Bewohner des Rheinslandes und Subjektions gegen die französisch-belgische Aktion nähme von Tag zu Tag zu. Die militärischen Maßnahmen hätten offenbar keine große Wirkung von den Schritten zugehört, die besonders bei der Reorganisation des Eisenbahnbetriebes zu lösen seien. Millet stellt weiter fest, daß Frankreich sich nicht täuschen würde, wenn es irgendeine Art der Abweitung der deutschen Arbeiter rechnen sollte, da diese dem Reparationsproblem noch weniger Verständnis entgegenbrächten als die Großindustriellen und in politischer Hinsicht ohnmächtig seien.

Millet meint, es würde ein Mißfall in den „Fehler von 1919“ bedeuten, wenn Frankreich „unter dem Vorwand seiner Weisheit“ es ablehnt, mit dem deutschen Gegner zu „verhandeln“. Er bemerkt in diesem Zusammenhang wörtlich: In Frankreich, der nicht auf der Verhinderung beruht, ist meistens unüberwindlich. Das ist seit drei Jahren das Ergebnis mancher Morde.“ Millets Artikel schloß mit den Worten: Wird man mit der deutschen Großindustrie zu verhandeln wagen? Wird man sich verbieten, entscheidend unter die Räder zu fahren und sich gleichzeitig bemühen, dem Standpunkt des Gegners Verständnis entgegenzubringen? Wenn dies gelingt, wenn unter gegenwärtige Unternehmung mit einem gut vorbereiteten und gut durchdachten diplomatischen Vertrag abgeschlossen wird, kann die Ruhrkraktion Ausgangspunkt einer neuen politischen Ordnung werden. Jede andere Methode würde uns im Gegensatz schließlich schweren Enttäuschungen entgegenführen.“

Die Reparationskommission hat heute nachmittag in der üblichen Wochenversammlung die Frage der Unterbrechung eines Teiles der deutschen Vorkriegsschuld auf einer Sitzung, an die durch den Berliner Vertrag Gründe des Deutschen Reiches vorgetragen wurden, die die Kommission bei amerikanischer Delegierten haben abgelehnt. Die Kommission hat jedoch die Möglichkeit offen für die Anteile Belgiens, Dänemarks, Schwedens und der Eisenbahnen in Aussicht genommen, ohne einen endgültigen Beschluß zu fassen. Den genannten Staaten wird Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Frage zu äußern. Die Reparationskommission sprach weiter über die bis ins Jahr 1923 geplanten Zahlungen in Deutschland und über die Solvenzfragen für Frankreich, ohne einen Beschluß zu fassen.

Banraub in Essen.

Drahtmeldung unfers Sonderberichterstatters.

Essen, 23. Februar.

Das Festen des polizeilichen Schutzes wird hier natürlich die öffentliche Sicherheit außerordentlich gefährdet, und verbrecherischen Elementen ihr Treiben sehr erleichtert. In einzelnen Fällen hat man fast der Polizei die schäblichste Feuerwacht zu Hilfe gerufen, und deren Eingreifen ist es zu danken, daß größere Gemüter, die geplant waren, verhindert werden konnten.

Essen am Abend wurde ein fruchtbarer Banraub verübt, der kaum getlungen wäre, ebenfalls aber schwerlich ungehindert bliebe, wenn man der Stadt offen den polizeilichen Schutz nicht genommen hätte, auf den sie angewiesen ist. In das Bankhaus Rathau u. Cie., das sich etwa 100 Schritte von der französischen Polizeiwache, der der Tag und Nacht stehen, in der Straßensicht Straße befindet, kamen kurz nach 8 Uhr zwei Diebstahler. Der eine dieser Diebstahler soll in französisch gesprochen haben, während der andere deutsch sprach. Die verlangten den Inhaber des Bankhauses zu sprechen und der Frühlings Wolf der Firma empfing ihn auch. Unter dem Vorwand, daß die Firma Unterführungsgeber und Vorkäufliche in die aufgelöste Südpolizei gestellt hätte, wurde von Rathau die Herausgabe der Devisen verlangt. Da sich das Bankhaus vornehmlich mit Devisenhandel befaßt, wurde es erheblich Summen fremder Gelder dort aufbewahrt. Das Bankhaus wurde gezwungen, seine Bekände herauszugeben. 2875 Gulden, 4100 Pfund, 7000 Mark, 1000 Pfund, 1000 Pfund, 5000 Mark und 2 engl. Pfund sind den Verbrechern in die Hände gelangt. Außerdem mußte der Ratifikationsbank in deutschem Gelde im Betrag von 2 1/2 600 000 M. ausgeliefert werden. Von den Käseu heißt jede Spur.

Die Essener Gefangenen abtransportiert.

Drahtmeldung unfers Sonderberichterstatters.

Essen, 23. Februar.

Die zu mehrfachen Gefängnisstrafen verurteilten Oberbürgermeister Hagenbach, Dörchmann, und Bürgermeister Schäfer, auch erheblich Summen fremder Gelder dort aufbewahrt. Das Bankhaus wurde gezwungen, seine Bekände herauszugeben. 2875 Gulden, 4100 Pfund, 7000 Mark, 1000 Pfund, 1000 Pfund, 5000 Mark und 2 engl. Pfund sind den Verbrechern in die Hände gelangt. Außerdem mußte der Ratifikationsbank in deutschem Gelde im Betrag von 2 1/2 600 000 M. ausgeliefert werden. Von den Käseu heißt jede Spur.

Die zu mehrfachen Gefängnisstrafen verurteilten Oberbürgermeister Hagenbach, Dörchmann, und Bürgermeister Schäfer, auch erheblich Summen fremder Gelder dort aufbewahrt. Das Bankhaus wurde gezwungen, seine Bekände herauszugeben. 2875 Gulden, 4100 Pfund, 7000 Mark, 1000 Pfund, 1000 Pfund, 5000 Mark und 2 engl. Pfund sind den Verbrechern in die Hände gelangt. Außerdem mußte der Ratifikationsbank in deutschem Gelde im Betrag von 2 1/2 600 000 M. ausgeliefert werden. Von den Käseu heißt jede Spur.

Das Rathaus in Herne feiert.

Herne, 23. Februar. (NRN.)

Die feierlichen Festungen, die von zwei Tagen in das Orts-Rathaus, Rathaus und Rathaus, werden festlich, sind heute abtransportiert worden.

